



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2016

Im Namen des Volkes

Kübler, Daniel ; Caramani, Daniele

Abstract: In Österreich, in den USA, in Frankreich, in Venezuela weltweit sind populistische Politiker auf dem Vormarsch. Wie konnte es so weit kommen?

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-147306>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Kübler, Daniel; Caramani, Daniele. Im Namen des Volkes. In: NZZ am Sonntag, 22, 29 May 2016, 10.



Marine Le Pen (Frankreich).



Evo Morales (Bolivien).



Heinz-Christian Strache (Österreich).



Alexis Tsipras (Griechenland).



Bernie Sanders (USA).



Nicolás Maduro (Venezuela).



Nigel Farage (Grossbritannien).



Geert Wilders (Niederlande).



Frauke Petry (Deutschland).



Donald Trump (USA).



Viktor Orbán (Ungarn).

Im Namen des Volkes

In Österreich, in den USA, in Frankreich, in Venezuela – weltweit sind populistische Politiker auf dem Vormarsch. Wie konnte es so weit kommen? **Von Daniel Kübler und Daniele Caramani**

Daniel Kübler



Daniel Kübler, 46, ist Professor für Demokratieforschung und Public Governance an der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau. Er leitet den Nationalen Forschungsschwerpunkt NCCR Democracy.

Daniele Caramani



Daniele Caramani, 47, ist Professor für Vergleichende Politik an der Universität Zürich und Direktor des Doktoratsprogramms «Democracy Studies».

Die Nichtwahl von Norbert Hofer zum Staatspräsidenten Österreichs war «arschnapp», wie der schliesslich gewählte Alexander Van der Bellen in wenig präsidentialer Diktion zu sagen pflegt. Noch nie war ein Rechtspopulist so nahe dran, Staatsoberhaupt eines EU-Mitglieds zu werden. Doch nicht nur die FPÖ in Österreich, auch der Front national in Frankreich, die AfD in Deutschland oder Ukip in Grossbritannien feiern Erfolge. Und auch ausserhalb Europas machen Politiker – seltener Politikerinnen – Furore, die gegen die Elite wettern: Donald Trump und Bernie Sanders in den USA beispielsweise. Was ist los in den modernen Demokratien?

Im Alltag wird der Begriff des Populismus abwertend gebraucht. Keine Partei würde sich freiwillig als populistisch bezeichnen. Dennoch gibt es Merkmale einer populistischen Ideologie. Populismus beruht, erstens, auf einer Gegenüberstellung von Volk und Elite. Das Volk wird positiv und sympathisch dargestellt. Die Elite erscheint typischerweise als korrupt, selbstbezogen und untauglich. Die Elite erscheint interessiert an den Pfünden der Macht, als abgehoben und weltfremd. Ins Visier geraten nicht nur etablierte Politikerinnen und Politiker, sondern auch nationale und internationale Finanz- und Kultureliten.

Aus der Tugendhaftigkeit des Volkes leitet der Populismus, zweitens, dessen Souveränitätsanspruch ab. Herrschaftsordnungen müssen aus seiner Sicht die Herrschaft des Volkes sicherstellen, und zwar möglichst direkt und ungebremst von Institutionen des Rechtsstaates. Auf diesem Gedanken beruht auch die Sympathie vieler populistischer Bewegungen in Europa für die direkte Demokratie.

Populismus zeichnet sich, drittens, durch Blockdenken aus. Sowohl die Elite als auch das Volk werden als homogene Gruppen dargestellt. Wer zur Elite gehört, ist grundsätzlich korrupt, selbstbezogen und untauglich. Die zum Volk gehörenden «einfachen Bürger» (seltener: Bürgerinnen) werden dargestellt als vom «gesunden Menschenverstand» beseelt, weswegen sie auch alle die gleichen Interessen und Ansichten haben. Populismus ist somit antipluralistisch. Parteien und Interessengruppen, die Minderheitsmeinungen vertreten, werden als volksfeindlich dargestellt.

Verfahren und Institutionen, in denen verschiedene Ansichten diskutiert werden, sind in den Augen der Populisten unnötig. Parlamente sind Schwatzbuden, Kompromisse sind Verrat am Willen des Volkes.

Populisten präsentieren sich als Personen oder Bewegungen, die das Volk verkörpern und wissen, was es will. Betont wird dies im persönlichen Stil, in der Kleidung, in der Sprache und im Auftreten. Dies allein ergibt aber noch kein tragfähiges politisches Programm, mit dem Wahlen zu gewinnen sind. Der Populismus ist eine dünne Ideologie, die mit Inhalten aus anderen Ideologien gefüllt wird.

Rechtspopulisten greifen auf Nationalismus zurück. Sie definieren das Volk aufgrund kultureller Tradition und Abstammung. Einwanderer sind ausgeschlossen, ebenso die Vermischung mit anderen Völkern. Die Elite hingegen, das sind die Internationalisten, die EU-Befürworter, welche die Unabhängigkeit des Landes einschränken wollen und so die Souveränität des Volkes bedrohen. Rechtspopulisten fordern die Errichtung von kulturellen Grenzen zum Schutz der Volksidentität. Beispiele dafür finden sich nicht nur im Programm der Schweizer SVP, beim Front national, bei der Ukip in Grossbritannien, der FPÖ in Österreich, Fidesz in Ungarn, sondern auch bei Donald Trump in den USA, der an der Grenze zu Mexiko eine Mauer bauen will.

Linkspopulisten hingegen benutzen sozialistische Kategorien. Bei ihnen besteht das Volk aus hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern, die um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen. Die Elite, das sind die globalen Kapitalisten, die Abzocker, die Banker. Auch Linkspopulisten fordern die Errichtung von Grenzen, jedoch solche wirtschaftlicher Art: Protektionismus zum Erhalt inländischer Arbeitsplätze, Regulierungen zum Schutz der Arbeitnehmenden. Linkspopulistische Positionen vertritt etwa der Boliviarismus in Venezuela, Bolivien und Ecuador. In Europa tun dies Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien, in den USA Bernie Sanders.

Nicht wenige populistische Bewegungen bieten ausserdem eine fröhliche Mischung von linken und rechten Inhalten, wie das

Movimento 5 Stelle in Italien. Das fällt aber erst auf, wenn Populisten Regierungsverantwortung übernehmen und eine kohärente Wirtschaftspolitik machen müssen.

Rechts- und Linkspopulismus gemeinsam ist die Kritik an der Globalisierung – wenn auch aus unterschiedlicher Perspektive. Die Globalisierung produziert Gewinner und Verlierer, im kulturellen als auch im wirtschaftlichen Sinne. Die Migration hat in vielen Ländern zu Überfremdungsängsten geführt, zu einem Gefühl der Bedrohung kultureller Werte. Durch den Abbau von Handelsschranken und internationalen Regulierungen wurden Arbeitsplätze in Billiglohnländern verlagert, was einen Verlust von Industrie-Jobs mit sich brachte. Die Populisten versprechen, die Globalisierung zu bremsen: durch Begrenzung der Einwanderung oder wirtschaftliche Abschottung.

Personen, die sich als Globalisierungsverlierer sehen, sind das Wählerreservoir der Populisten. Das zeigen Wählerbefragungen. In den USA spricht man vom «angry white man», der seinen Status und seinen Wohlstand bedroht sieht. In Europa wählen solche Personen traditionellerweise sozialdemokratische Parteien. Diese haben in den letzten Jahren jedoch Themen wie Integration, Kosmopolitismus und Toleranz in den Vordergrund gestellt, weswegen sich die Arbeiterschaft und auch der Mittelstand von ihnen entfernten. Die zunehmend als negativ wahrgenommenen Folgen der Globalisierung und die Krise der Sozialdemokratie sind der Hauptgrund für den Erfolg des europäischen Populismus.

Aber auch die anderen etablierten Parteien sind nicht unschuldig. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten stärker auf ihre Rolle in den politischen Institutionen fokussiert anstatt auf die Anliegen ihrer Wählerschaft. Die Basis wurde intern vernachlässigt, die Mitwirkung von Aktivisten und Mitgliedern trat gegenüber der Kommunikation durch die Führungsriege in den Hintergrund. Die Parteien haben ihre Positionen angenähert und Kartelle gebildet. Davon zeugt die Häufigkeit von grossen Regierungskoalitionen seit der Jahrtausendwende. Vor diesem Hintergrund ist es den populistischen Bewegungen ein Leichtes, sich als Alternative zu präsentieren, die frischen Wind in verkrustete Strukturen bringt.

Eine weitere Ursache für den Aufstieg der Populisten liegt in der Komplexität moderner Gesellschaften. Experten und Fachspezialisten spielen in vielen Politikbereichen eine immer wichtigere Rolle gegenüber den demokratisch gewählten Repräsentanten. Staatliches Handeln erscheint dadurch technokratisch, kompliziert und intransparent. Solche «Demokratiedefizite» bieten den Populisten willkommene Angriffsfläche.

Wie ist der Erfolg der populistischen Bewegungen zu beurteilen? Optimisten begrüssen ihn als sinnvolles Korrektiv. Demokratie lebt von Konfrontation und Austausch. Die populistische Konkurrenz hält die Parteien dazu an, besser auf ihre Wählerschaft zu hören. Das kann letztlich dazu führen, dass sich die Politik den negativen Folgen der Globalisierung stärker widmet als bisher.

Dennoch geht von den populistischen Bewegungen auch eine Gefahr aus. Zwar stützt sich die populistische Ideologie auf den Grundsatz der Volksherrschaft. Aber sie unterschlägt weitere demokratische Prinzipien: Pluralismus, Minderheitenschutz, individuelle Freiheiten, rechtsstaatliche Institutionen. In der Geringschätzung dieser Prinzipien lauert die Gefahr, welche der Populismus für die Demokratie bedeutet.

Diese wird real, wenn Populisten beginnen, die demokratischen Spielregeln an ihre Ideologie anzupassen, zum Beispiel wenn sie Meinungsunterschiede nicht mehr für rechtmässig erklären, Medienfreiheit beschränken, die Immunität von Oppositionsparlamentariern bedrohen oder Wahlprozedere zu ihrem Vorteil verzerren. Beunruhigende Entwicklungen sind derzeit in Polen und Ungarn zu beobachten. Die populistische Idee der Demokratie basiert nicht prinzipiell auf Machtteilung und Machtbegrenzung. Deshalb sind für eine liberale Demokratie auch die Einschränkung der Unabhängigkeit von Richtern und des Völkerrechts problematisch.

In einer Demokratie müssen auch Populisten ihre Anliegen vertreten können. Aber sie dürfen nicht auf eine Aushöhlung der liberalen Institutionen hinarbeiten.